ZECK

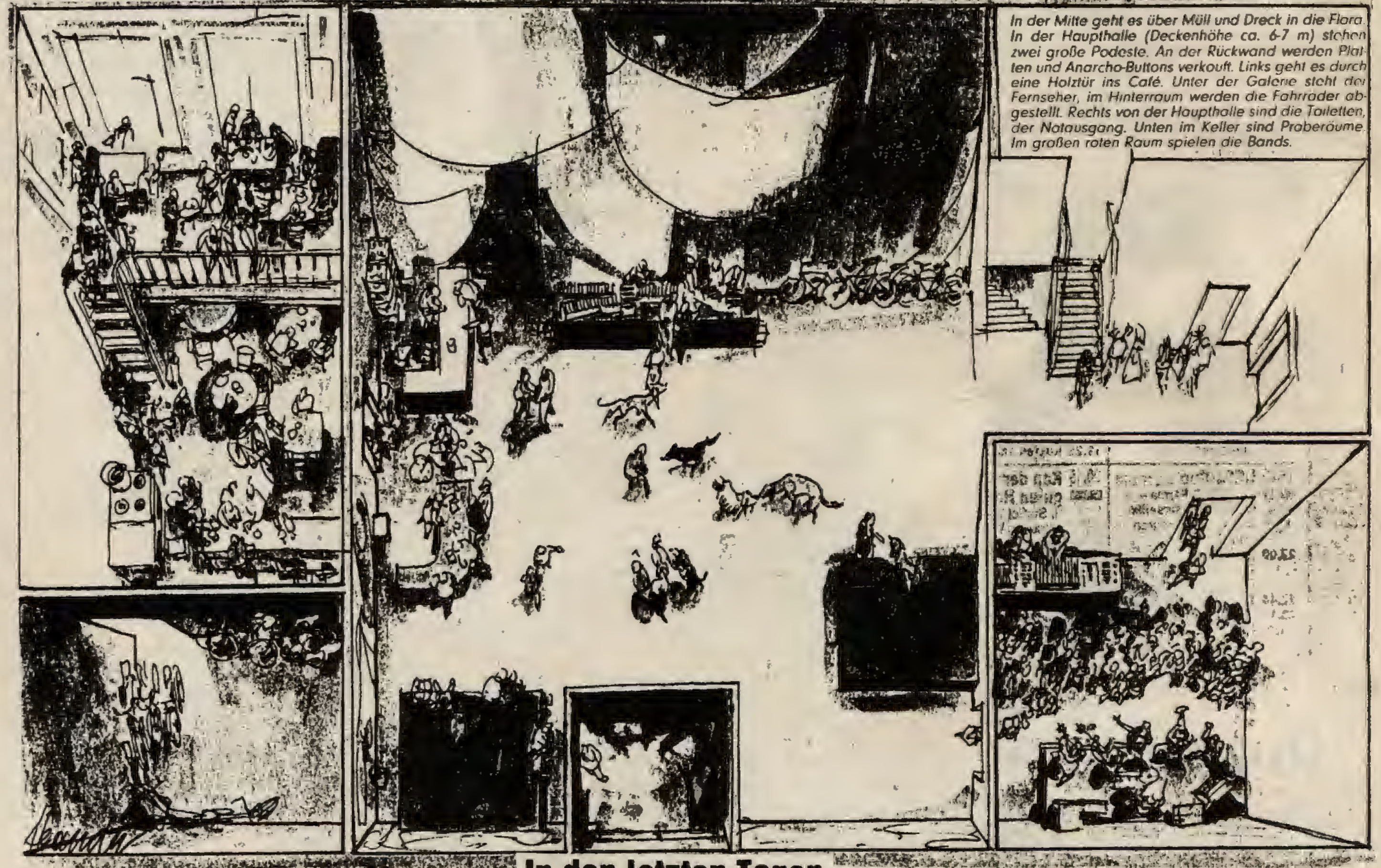
das info aus der roten flora

Nr. 80 | Juni 1999

Hansestadt Hamburg 12. Mai 1999 · BILD · Seite 3

Rote Flora

Kaffee, Curry und Krawall-Videos



In der Mitte geht es über Müll und Dreck in die Flora. In der Haupthalle (Deckenhöhe ca. 6-7 m) stehen zwei große Podeste. An der Rückwand werden Platten und Anarcho-Buttons verkauft. Links geht es durch eine Holztür ins Café. Unter der Galerie steht der Fernseher, im Hinterraum werden die Fahrräder abgestellt. Rechts von der Haupthalle sind die Toiletten, der Notausgang. Unten im Keller sind Proberäume. Im großen roten Raum spielen die Bands.

In den letzten Tagen gab es hitzige Debatten um die Gemeinnützigkeit der Roten Flora. Der Verfassungsschutz hält sie für eine Krawall-Zentrale. Aber wie geht's darin eigentlich zu? BILD hat mal reingeguckt.

Vorwort

Tach auch,
die letzten Tage stehen ganz im Zeichen antifaschistischer Mobilisierung - siehe auch die beiden Anschlagserklärungen im Heft. Daß sowohl der Nazi-Aufmarsch als auch die antifaschistische Gegendemo am Wochenende vor dem 5.Juni verboten wurden, wundert daher kaum. Erfahrungsgemäß ist aber damit zu rechnen, daß zumindest der Nazi-Aufmarsch erfolgreich gegen das Verbot klagen wird. Es wird also keinen Grund geben, am Samstag Däumchen zu drehen! Verbot hin oder her: informiert euch über den jeweils aktuellen Stand, organisiert euch und kommt zahlreich auf die Antifa-Demo am 05.06. um 10:00 Uhr am Kriegklotz beim Dammtorbahnhof! Den Naziaufmarsch zum Fiasko machen!
Und damit es nicht in Vergessenheit gerät: Am 19.5.99 wurde ein Genosse aus der Flora wegen angeblicher Nötigung von Polizeibeamten von Richter-ich trinke Jägermeister, weil gegen alle meine Urteile Berufung eingelegt wird-Schill zu sage und schreibe 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt und während dem Prozeß zwei Zuhöhrer zu je drei Tagen Ordnungshaft verknackt - wegen Mißachtung des Gerichts bei der Urteilsverkündung. Die beiden sind am 21.5. abends wieder freigekommen!
Viel Spaß beim lesen und eine erfolgreiche, kämpferische Demo wünscht sich und euch
eure Red

Was drin steht:

Antifa-BenefizKonzert im Wendland
Tod und Mordschlag
Freitag, 11. Juni 99
im „Schwarzen Hahn" in Lensian

Impressum

V.i.S.d.P.: Marthe Morsleben, Milchstr. 11, 20142 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Bundesweite Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss am 12. Juni 1999

In Neuss (NRW) befindet sich seit 1993 der bundesweit einzige Frauenabschiebeknast. Eingeführt unter einer SPD-Landesregierung, die in Sachen Abschiebung und Abschiebeknäste Vorbild für die anderen Bundesländer war, hat sich daran auch unter rot-grüner Herrschaft erwartungsgemäß nichts geändert. Am 12. Juni gibt es dort eine bundesweite Demonstration, um den Frauen Solidarität und Verbundenheit zu zeigen. Es wird einen Frauen/Lesben-Block geben.

Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand!

Weg mit allen Sondergesetzen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge!

Schluß mit Abschiebungen!

Grenzen auf für alle!

Neuss, 12.6.99, Bahnhof

Sechs Monate Beugehaft gegen Zeugen im „AIZ-Prozeß" verhängt

Seit November 1997 sind Bernhard Falk und Michael Steinau vor dem OLG Düsseldorf angeklagt nach §129a Strafgesetzbuch wegen der angeblichen Mitgliedschaft in der „terroristischen Vereinigung Antiimperialistische Zelle" (AIZ) sowie der angeblichen Beteiligung an mehreren Sprengstoffanschlägen. Ein Zeuge des Verfassungsschutzes NRW, Düren, präsentierte dem Gericht seine Geschichte, in der die ehemalige Aachener Antirepressionsgruppe ein Forum der AIZ gewesen sein solle. Drei Frauen wird die Mitgliedschaft in der AIZ vorgeworfen. Auch Menschen aus anderen Städten wirft er vor, angebliche „Kontaktpersonen" der beiden Angeklagten zu sein.

Anfang März diesen Jahres ließ der Vorsitzende Richter Ottmar Breidling sieben Leute als ZeugInnen vorladen, u.a. den von Hamburg nach Berlin umgezogenen Frank Ament. Er legte jedoch eine Krankmeldung vor und wurde daraufhin für den 23.März erneut vorgeladen. Frank ging nicht hin und das Gericht verurteilte ihn zu 400,-DM bzw. 4 Tagen „Erzwingungshaft". Am Sonntag abend, den 11.4.99, wurde er dann in seiner Berliner Wohnung festgenommen und am nächsten Morgen in Düsseldorf zwangsvorgeführt. Im Gerichtssaal blieb er dann mit dem Rücken zur Richterbank stehen und reagierte auf keine der ihm gestellten Fragen. Der Strafsenat fand dies ein „ungebührliches Verhalten" und verurteilte ihn zunächst zu einer Woche Ordnungshaft und wünschte gleich seine nächste Vorführung für Dienstag, den 20. April. Der Vorsitzende Richter befürchtete jedoch, daß Frank sich nach seiner Freilassung aus der Ordnungshaft am Montag absetzen könnte, und weil Frank „aus politischen Gründen" sämtliche Aussagen verweigere, verhängte der Senat daraufhin gegen Frank sechs Monate Beugehaft sowie 800,-DM Zwangsgeld.

Franks Adresse: Frank Ament, z.Zt. JVA Düsseldorf, Ulmenstr.95, 40476 Düsseldorf

Spendenkonto: Rote Hilfe (Beugehaft), Nr. 775280107, Postbank Berlin, BLZ 10010010



Grüner Kriegsparteitag in Bielefeld

Morgens um 7 stehen vor der recht locker abgesperrten Seidenstickerhalle in Bielefeld nur ein paar kleine Grüppchen: Die ersten grünen Delegierten und Gäste warten darauf, eingelassen zu werden und die ersten Autonomen darauf, mehr zu werden. Ersteren gelingt ihr Vorhaben zumeist an diesem Vormittag, während letztere zumindest in diesem Punkt keinen Erfolg verbuchen können.

Großzügig gerechnet waren am 13. Mai vielleicht 500-600 KriegsgegnerInnen angereist, die ca. 100 JugoslawInnen nicht mitgerechnet; außerhalb des autonomen Spektrums hatten praktisch keine Organisationen zum Kriegsparteitag der Grünen mobilisiert.

Die Strategien der vor der Halle versammelten waren so verschieden wie die politischen Positionen. Einige versuchten mit gefälschen Gästekarten in die Halle zu kommen, andere wollten die Halle blockieren und dritte waren gekommen um möglichst viele Grüne anzupöbeln, und praktisch haben alle auch ihr jeweils anvisiertes Ziel erreicht. Nur eben mit so wenigen Leuten, daß diejenigen, die in die Halle gekommen waren, dort eine sehr kleine Minderheit blieben und die BlockiererInnen sich, nach einem erfolglosen Versuch, die Halle zu stürmen, einer deutlichen Bullenübermacht gegenüber sahen, die sie dann auch bald von den Eingängen abdrängte.

Richtig Freude kam nur auf, als die Nachrichten über den gelungenen Farbbeutelwurf auf Kriegsminister Fischer und die auf dem Podium ausgegossene Buttersäure nach draußen drangen, allerdings dadurch getrübt, daß 60 GenossInnen im weiteren Verlauf von den Bullen festgenommen und erst am Abend wieder freigelassen wurden.





Sonntag, 6. Juni
Soldaten im Widerstand: Komitee freies Deutschland/CALPO

Kurt Hälker (DRAFT, Berlin) schildert die Rolle des Komitees freies Deutschland in der Wehrmacht. Vorangestellt ist ein Videobeitrag, den Axel Hofmann 1993 im Auftrag des WDR gedreht hat. "Kein Ruhm, Keine Tränen". (30 min.) stellt den Zusammenhang mit dem Wirken von "zivilen" Emigranten in der Resistance her.

In einem nicht zu unterschätzenden Maß trugen Partisaneneinheiten und bewaffnete Aufstände im Sommer 1944 zur Befreiung Frankreichs bei. Die 500.000 Kämpfer und Kämpferinnen befreiten etwa zwei Drittel des französischen Territoriums aus eigener Kraft. In ihren Reihen kämpften mehr Deutsche mit der Waffe gegen den Faschismus als in allen anderen überfallenen Ländern. Der Einsatz der etwa 1000 deutschen Partisanen war sehr unterschiedlich und reichte von der Agitation in der deutschen Armee bis hin zur Teilnahme an den regulären Streitkräften der französischen Armee.

11.00 Uhr, Museum für Hamburgische Geschichte, Hollstenwall 25

Sonntag, 13. Juni
Verbrechen der Wehrmacht: Die Traditionsarbeit in der Bundeswehr

Ulrich Sander (VVN/BdA, Dortmund) weist den prägenden Einfluß verantwortlicher Wehrmachtsgeneralstäbler auf die Bundeswehr nach: Am 8. Mai 1945 sollte Generalmajor Heusinger - er war verantwortlich für den Überfall auf verschiedene Länder, darunter den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion - endgültig das Handwerk gelegt werden. So wollte es das Potsdamer Abkommen, so wollten es die überlebenden Antifaschisten. Bekanntlich kam in der Nachkriegsrepublik alles anders.

Als 5 Jahre später die Bundeswehr stand, waren sie dabei: 31 der 38 Generäle kamen aus dem Stab der Wehrmacht; 100 von 237 Obersten und 84 von 225 Oberleutnants waren vor dem 8. Mai 1945 Offiziere der Wehrmacht. Adolf Heusinger wurde der erste Generalinspekteur der Bundeswehr. Eine, nach den Übergriffen rechtsradikaler Rekruten bekannte Kaserne in Hammelburg, ist noch heute nach ihm benannt. Von den rund 400 westdeutschen Kasernen der Bundeswehr waren 1998 ungeachtet des Traditionserlasses von 1982 - dort heißt es: "Ein Unrechtsregime wie das III. Reich kann Tradition nicht begründen" - noch 37 nach Helden der Hitler-Wehrmacht benannt.

11.00 Uhr, Museum für Hamburgische Geschichte, Hollstenwall 25

Sonntag, 27. Juni
Großkapital & Kriegswirtschaft: Die Profiteure des Vernichtungskrieges

Prof. Dietrich Eichholtz (Berlin) beleuchtet die wirtschaftlichen Dimensionen des Vernichtungskrieges und das Zusammenführen von "Wirtschaftsführern" und Wehrmacht. Hermann Balgalwis (VVN/BdA, Hamburg) hat als politischer Häftling 12 Jahre in verschiedenen KZ überlebt und berichtet über die Zeit, in der er zusammen mit unzähligen sowjetischen Kriegsgefangenen an die Heinkel-Werke zur Zwangsarbeit "überlassen" war. Prof. Dietrich Eichholz, Wirtschaftshistoriker und Autor einer dreibändigen Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945", beleuchtet den Zusammenhang zwischen den Kriegszielen der deutschen Wirtschaftselite den Verbrechen der Wehrmacht und SS. Er beschreibt die wirtschaftlichen Dimensionen des Vernichtungskrieges und widmet sich dabei Themen, die häufig unterbewertet und vielfach umstritten sind. So untersuchte er die Urheberschaft und die Nutznießerschaft des deutschen Großkapitals am Krieg; die Wirtschaftsverwaltung in den besetzten Ländern, besonders den Raub und die Plünderungen in Ost- und Südosteuropa; und nicht zuletzt die Verantwortung der Rüstungskonzerne und Banken für die Zwangsarbeit von Millionen, die zur Arbeit in der deutschen Kriegswirtschaft gezwungen wurden, und für den Tod von unzähligen ausländischen Arbeitern, Kriegsgefangenen und Konzentrationslagerhäftlingen.

11.00 Uhr, Museum für Hamburgische Geschichte, Hollstenwall 25

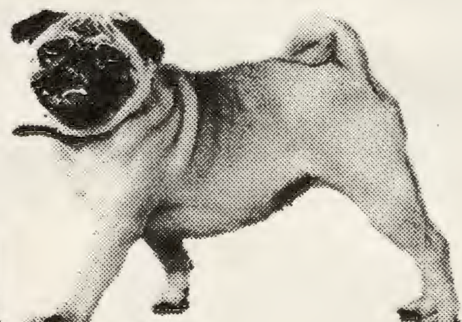


Veranstaltung
Aus der Reihe: Erzählte linke Geschichte
Die 80er. Hafen bleibt - Mauer weg.

Von Häuserkämpfen, Friedensdemos, Antiimps und Autonomen, Nicasolis und vielen Dingen mehr erzählen VertreterInnen der Hafenstraße, Fritz Storim, Olaf von der DKP und bestimmt viele aus dem Publikum.

Dienstag, 22.6. 20 Uhr, B5, Brigittenstr. 5







Dokumentation

Faschistische Strukturen auf allen Ebenen angreifen!!! Den Naziaufmarsch am 5.6.99 in Hamburg verhindern!!!

In der Nacht zum 25.5.99 haben wir mit großem Eifer und nicht wenig Farbe versucht, die Anmut und den heroischen Glanz von 48 Kriegsdenkmälern im gesamten Hamburger Stadtgebiet zu trüben. Damit wollen wir der ehrenvollen Erinnerung an die bis heute gefallenen deutschen Frontkämpfer unsere Verachtung entgegensetzen.
Diese Aktion stellen wir in einen politischen und zeitlichen Zusammenhang mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" des Hamburger Institus für Sozialforschung, welche vom 1.6.99 an nocheinmal in Hamburg gezeigt werden soll.
Seit gut zwei Jahren ist diese Ausstellung Angriffsziel konservativer, reaktionärer und faschistischer Gruppen und Parteien und immer wieder Anlaß für völkische Bündnisse zwischen alten Kameraden, jungen Nazis und den „ganz gewöhnlichen deutschen Bürgern" unter dem gemeinsamen Motto „Unsere (Groß-)Väter sind keine Mörder". Der Startschuß fiel 1997 in München, als die CSU die Ausstellung verbal ins Visier nahm und den propagandistischen Boden für einen der größten Naziaufmärsche seit 1945 bereitete. Seitdem wiederholt sich dieses Szenario in leicht abgewandelten Variationen in fast jeder Stadt, in der die Ausstllung gezeigt wird. Vorläufiger Höhepunkt der Aktionen gegen die Ausstllung war ein Bombenanschlag am 9.3.99 in Saarbrücken, bei dem das Ausstellungsgebäude erheblich beschädigt wurde.
Auch hier in Hamburg ist nun wohl wieder ein großes Spektakel zu erwarten. Für den 5.6.99 ist bereits eine gegen die Ausstellung gerichtete Demonstration geplant, zu der vor allem in Neonazi-Kreisen mobilisiert wird. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß eine ablehnende Haltung gegenüber den Inhalten der Ausstllung in größeren Teilen der Bevölkerung Konjunktur hat und es daher - Naziaufmarsch hin oder her - auf jeden Fall zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Ausstllung kommen wird. Daran wird auch die ungewöhnlich modereate Positionierung der Hamburger CDU-Führung nicht viel ändern. Sie dient eher dazu, offensichtliches (die Verbrechen der deutschen Wehrmacht) anzuerkennen, um gleichzeitig den sogenannten Widerstand deutscher Offiziere und Generäle gegen Hitler zu glorifizieren oder Kontinuitäten in der Bundeswehr bis heute nicht zu thematisieren.
Es erscheint uns daher sinnvoll, bereits frühzeitig unsere Positionen in diese öffentliche Debatte zu bringen, damit diese nicht im Wutgeheul der AusstellungsgegnerInnen zur Eröffnung der Ausstlellung untergehen.
Mit unserer Aktion greifen wir die Art und Weise an, in der hierzulande der mörderischen deutschen Vergangenheit gedacht wird. Inhalt und Gestaltung solcher Denkmäler, wie sie zu tausenden im ganzen Land zu finden sind, stehen für den kollektiven Wunsch nach Unsichtbarmachung der Verantworlichkeiten für eben die geschichtlichen Katastrophen, zu deren (Nicht-) Erinnerung sie gebaut wurden. Ihre Existenz in dieser Form ist uns Beleg für die bis heute verweigerte kritische Auseinandersetzung dieser Nation mit ihrer eigenen widerlichen Geschichte. Dieser Verweigerungshaltung etwas entgegenzusetzen, verbindet uns mit der Intention der Ausstllung.

1. Deutsche Erinnerung
Vordergründig geht es bei der Ablehnung der Ausstellung um den Mythos, die deutsche Wehrmacht hätte mit den Verbrechen der Nazis nichts zu tun gehabt, sondern hätte, als Organ eines tragischerweise eben nationalsozialistischen Regimes, lediglich ihre Pflicht erfüllt und ehrenhaft gekämpft. Die Absurdität dieser Behauptung sollte eigentlich nach 60 Jahren nicht noch eines Nachweise durch die Ausstllung bedürfen. Denn natürlich war die Ausrottung der europäischen Juden ebenso wie die zahllosen Massaker an der Bevölkerung der von den Deutschen besetzten Länder nicht allein das Werk Hitlers oder das von einigen SS-Trupps. Anhand umfangreichen Bildmaterials belegt die Ausstellung nun erneut, daß und in welcher Weise die gesamte Wehrmacht Teil des Vernichtungsapparates war.
In der aufgeregten Auseinandersetzung um die Ausstellung geht es daher vielmehr um das, was Bestandteil der Erinnerung sein soll und was eben nicht. Dieses fehlende Interesse an der Konfrontation mit der Wahrheit spiegelt sich auch im Gedenken an „unsere gefallenen Söhne" wider, für die die zahllosen Denkmäler erichtet wurden . Gedacht wird iherer Opferbereitschaft, dem Heldenmut, der Kameradschaft und Treue derjenigen, die ihr Mörderhandwerk als Pflichterfüllung für das deutsche Vaterland gesehen haben.
Da kann notwendigerweise kein Platz sein für die Rehabilitierung der Deserteure und erst recht kein Platz für die Opfer. Im Gegenteil: Durch die Umwidmung der Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus in Mahnmale für „Opfer von Krieg und Gewalt" (z.B. Neue Wache Berlin, ehemaliges KZ-Buchenwald) werden Täter und Opfer in einer zweiten Schicksalsgemeinscahft vereint und die Frage nach Schuld und Verantwortung soll überhaupt nicht gestellt werden. Insofern ist es auch nicht verwuderlich, daß nach Nazigenerälen benannte Kasernen oder die gemeinsame Traditionspflege von Bundeswehreinheiten und SS-Kameradschaftsverbänden selbstverständlicher Bestandteil „deutscher Erinnerung" sind, öffentliche Gelöbnisse oder Fackelaufmärsche mit Zapfenstreich am Brandenburger tor zum alltäglichen Erscheinungsbild der „erwachsenen Nation Deutschland" gehören sollen, und bekennende Nazis zu Vorträgen vor der Hamburger Bundeswehr-Führungsakademie eingeladen werden:

2. Schlußstrichdebatte
Im sogenannten Historikerstreit in den 80er Jahren gab es noch weigehend de Konsens, daß Auschwitz ein historisch einzigartiges Verbrechen der Deutschen gewesen ist.
An dieser Erkenntnis und den besonderen politschen und moralischen Verpflichtungen , die sich daraus für die BRD ergaben, wird seit der „Wiedervereinigung" zunehmend gerüttelt. Deutschland strebt politsch wieder eine Weltmachtrolle an, die sie ökonomisch sowieso schon länger spielt. Jetzt sollen die lästigen Schatten der Vergangenheit endgültig abgeschüttelt werden.
Eine Version auf ideologischem Feld ist dabei der Versuch eines geschichtlichen Gesamtabwasches, in dem die Verbrechen der Deutschen währen des Nationalsozialismus mit der sogenannten SED-Diktatur verrechnet und die Gesamtsumme der „Opfer des Kommunismus" mit denen der „Nazis" verglichen. Diese widerliche Arithmetik der „Totalitarismus-These" von heute kommt zum Ergebnis, daß der „Klassengenozid des Stalinismus" letztlich Vorbild für die zahlenmäßig unterlegene Variante des „Rassengenozids der Nazis" gewesen sei (Schwarzbuch des Kommunismus).
Vor dem Hintergrund des Schlußstrichs sollen nun beispielweise auch die Entschädigungsforderungen der letzten Überlebenden des Nationalsozialismus ein für alle Mal abgebügelt werden. statt endlich und viel zu spät individuelle Entschädigung für das unvorstellbare Leid und die Ausbeutung von KZ-Häftlingen und ZwangsarbeiterInnen zu leisten, sorgen sich deutsche Konzerne um ihre Rechtssicherheit im Falle einer mit staatlicher Unterstützung gnädig gewährten Almosenvergabe. Eine mögliche Debatte über die private Bereicherung breiter Bevölkerungsschichten im Zusammenhang mit dem Raub des Eigentums jüdischer Menschen soll schon gleich im Keim erstickt werden, darin ist sich die Gemeinschaft der Nachkommern der Täter einig. Die „Berliner Republik" der Enkel hat sich selbst zur „normalen Nation" gekürt, die mit den Verbrechen der Großväter nichts mehr zu tun haben will.
Das aktuelle Highlight dieser Entwikclung liefert die rotgrüne Bundesregierung, indem sie ausgerechnet eine vermeintlich „besondere Verantwortung Deutschlands" zur Verhinderung von sogenannten „Völkermorden" als Begründung präsentiert, um in den ersten Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung seit 1945 zu mar-

schieren. Wenn ein deutscher Außenminister mit der Losung „Nie wieder Auschwitz!" zum Kampf bläst, bedeutet dies eine unerträgliche Instrumentalisierung und Relativierung des Holocaust.

3.Volksfront der Spätgeborenen
Dem Beharren auf die Erinnerung an die deutschen Verbrechen steht heute eine Volksfront gegenüber, die eine „Aufarbeitung" der Vergangeheit überhaupt nicht mehr zuläßt. Sichtbar wurde dies an der kollektiven Ablehnung des Buches „Hitlers willige Vollstrecker" von Daniel Goldhagen, in dem er nachweist, daß es quer durch die gesamte deutsche Bevölkerung die freiwillige Bereitschaft gab, sich aktiv am Mord an der jüdischen Bevölkerung Europas zu beteiligen. Ein anderes Beispiel ist die Debatte um das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas" in Berlin und die einhellige Zustimmung zu Walsers Friedenspreisrede.
Die Zeit der Sühne ist vorbei und mit der „Auschwitzkeule" lassen sich heutzutage doch auch ganz trefflich Flüchtlinge und andere Fremdkörper der Volksgemeinschaft wieder totschlagen und sie wird zur wikungvollsten Propagandawaffe der rot-grünene KriegstreiberInnen. Wer sich daran nicht unmitellebar beteiligen möchte, sorgt eben für die Abschaffung des Asylrechts, unterschreibt sich die Finger wund im Kampf gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder schaut einfach nur weg wie eh und je. Darin sind sich die Enkel mit den Großeltern einig...

Wir rufen dazu auf, dem Erwach(s)en (werden) dieser Nation alle erdenklichen Steine in den Weg zu legen!
Es darf keine „Normalität" in diesem Land geben - dies gebietet die Singularität von Auschwitz, der niemals vollzogene Bruch mit der eigenen Geschichte vor 45 und die bis heute fehlende gesellschaftliche selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus!

Kein Vergessen der Opfer; kein Vergeben den Tätern!
Für eine gemeinsame Grenze von Polen und Frankreich!

Mai 1999, autonome, antifaschistische Gruppen

Dokumentation

„Give the fascist buses firebombs"

Das Busunternehmen Schönherr in 22869 Schenefeld besitzt seit dem 25.5.99 einige Busse weniger. Schönherr hat in letzter Zeit mehrfach daran verdient, FaschistInnen zu ihren Aufmärschen zu fahren.
So am 30.01.99 zur Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Kiel und am 27.02.99 nach Magdeburg zu einem Aufmarsch unter dem Motto „Keine deutschen Pässe für Ausländer".
In den vergangenen Jahren häufen sich größere faschistische Aufmärsche, die von den AntifaschistInnen an Ort und Stelle meist kaum noch verhindert werden können. Umso wirksamer ist es, schon im Vorfeld von menschenverachtenden faschistischen Auftritten in Aktion zu treten. Als ein zentraler Schwachpunkt der Nazidemonstrationen wurde seit geraumer Zeit deren Anfahrtsweg ins Gespräch gebracht. Für größere Veranstaltungen sind sie bislang auf die Beförderung durch Busunternehmen angewiesen. Des öfteren sind vor faschistischen Aufmärschen solche Firmen bereits (flächendeckend) informiert und davor gewarnt worden, diese durch die Beförderung der Nazis erst zu ermöglichen. Busunternehmen, die immer wieder zu Nazidemonstrationen fahren, wissen, wen sie unterstützen.
Die Erfahrung zeigt, dass entschlossenes und militantes Vorgehen gegen diese Firmen in kürzester Zeit dafür sorgt, dass sie sich aus dem Geschäft mit den Nazis zurückziehen, wie zum Beispiel Becker Reisen in Tostedt. Auch in Heidelberg und Berlin gab es Aktionen gegen Reiseunternehmen. Wir halten diesen Ansatz für richtig. Aus diesem Grund sind unsere Brandbomben bei Schönherr als eine Warnung an ihn und an alle anderen Busunternehmen zu verstehen. Das Wissen über Firmen wie Schönherr sollte öffentlich gemacht werden. Nur so werden sie einsehen, dass die Unterstützung der faschistischen Aufmärsche Folgen haben wird.
Wichtig wäre auch, verstärkt gegen Infrastruktur und Logistik der Nazis vorzugehen. Die Aktion gegen die Stadthalle in Mulda hat gezeigt, wie es gehen kann!
Am 5.06. wollen die „freien Kameradschaften" und andere Nazis eine grosse Demonstration in Hamburg „für die Ehre deutscher Soldaten" durchführen. Zeigen wir ihnen was wir davon halten by any means necessary.

- Den Naziaufmarsch in Hamburg verhindern!
- Nazibusse auf den Schrottplatz



Dienstag früh in Schenefeld: Feuerwehrleute haben die Flammen erstickt, stehen vor den ausgebrannten Bussen (u.). Am Tatort finden sie Benzinkanister und Beutel mit brennbarem Klebstoff (l.).

Fotos: Spoerer

Dokumentation

Faschistische Strukturen auf allen Ebenen angreifen!!
Den Naziaufmarsch am 5.6. in Hamburg verhindern!!

Am 27.5.99 sind bei dem Publizisten und ehemaligen Jagdflieger Rüdiger Proske in Hamburg Bergstedt Scheiben eingeflogen, Farbe ins Wohnzimmer und auch sein Kfz ziemlich demoliert worden. Schon seit 96 hat es sich Proske zur Aufgabe gemacht, mit pseudowissenschaftlichen Traktaten gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 41-44" zu Felde zu ziehen. Seine Broschüre „Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken" stand in der ***Jungen Freiheit*** auf Platz 1 der Bestsellerliste, in Gazetten wie ***Nation und Europa*** sowie der ***Deutschen Nationalzeitung*** wurde für sie geworben. In diesem Machwerk wird geschichtsverdrehend der Wehrmacht eine Opferrolle zugewiesen und die AusstellungsmacherInnen mit den Hetzern des Goebbelschen Propagandaministeriums verglichen. Zusammen mit Arschlöchern wie Mechtersheimer, Ex-General Uhle-Wettler und anderen Geschichtsleugnern mit Unterstützung von ***Focus***, CDU/CSU, Vertriebenenverbänden etc. übernimmt Proske die Funktion, die Ausstellung als linksradikales Projekt anzuprangern und der Fälschungen/Lüge zu bezichtigen. Er stellt eine Schnittstelle dar zwischen militanten Nazis wie den „freien Nationalisten" und rechten Intellektuellenkreisen sowie Rechtskonservativen. Angesprochen auf seine inhaltliche Nähe zu organisierten FaschistInnen erklärte er lapidar, daß man es nicht vermeiden könne „falsche Freunde" zu bekommen. Diesen falschen Freunden gab er aber ein Interview 97 in der ***Jungen Freiheit***, und er ließ sich bei zahlreichen Veranstaltungen von militanten Nazis schützen. Als die Ausstellung 1997 in Frankfurt gezeigt wurde, gehörte Proske zu den Unterzeichnern einer „Protestanzeige" in der ***FAZ***, ebenso unterzeichnete er eine halbseitige Anzeige der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) in den ***Kieler Nachrichten*** im Januar 99. Am 12.1.99 gehörte Proske neben Uhle-Wettler zu den Hauptrednern einer geschlossenen Veranstaltung der SWG im Kieler Yachtclub. Im Februar 99 sprach er wieder dort auf einer Pressekonferenz der SWG, auf welcher die Geiselerschießungen während des Faschismus in den besezuzen Ländern „als völlig legal" bezeichnet wurden. Am 15.3.99 sollte Proske im Nazibau der Standortkommandantur in der Sophienterrasse in Hamburg auf Einladung der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. (G.f.W.), welche personell eng verwoben mit der Bundeswehr ist, im Vorfeld der Präsentation der Ausstellung in Hamburg sprechen. Zum Unwillen einiger lokaler G.f.W.-Größen wurde die Veranstaltung jedoch von der G.f.W.-Spitze abgesagt, da Proske mittlerweile wohl schon zu anrüchig erscheint und es wohl gerade aktuell der Bundeswehr nicht so angebracht dünkte mit Nazis in Verbindung gebracht zu werden.

Wir hielten es für angebracht im Vorlauf der Austellung in Hamburg Proske einen Denkzettel zu verpassen.

- Ob 39-45 oder 99: Deutsche Soldaten sind Mörder!

- Am 5.06. den Widerstand auf die Straße tragen!

- Die Nazidemo verhindern!



Für eine differenzierte, offene Politik

Papier zur Situation der Roten Flora

Auf unseren offenen Brief an die Flora (Zeck März 99) folgten in der April-Ausgabe drei Diskussionsbeiträge, einer von einem Nutzer der Flora (im folgenden zitiert als 'Nutzer'), einer von 'Finn' und einer von zwei FlorabetreiberInnen (zit. als 'Flora'), in denen einige Kritik an unserem Text geäußert wurde, aber u.E. der für uns wesentliche mit z.T. viel Polemik umgangen wurde. Desweiteren war in der Mai-Ausgabe eine Stellungnahme der Flora-Öffentlichkeits-AG zu lesen. Hier folgt nun unsere Stellungnahme zu diesen Papieren, in der wir auch unsere in dem Brief sicherlich teilweise lax formulierten und kurz dargestellten Positionen präzisieren werden.

Stil und Inhalt unseres Briefes

In dem Papier der beiden Flora-AktivistInnen, aber auch in Gesprächen und Diskussionen, die wir über unseren Brief mit anderen GenossInnen führten, wurde der Vorwurf erhoben, der Tenor und der Stil seien „herablassend" (Flora), besserwisserisch und altväterlich. Wir können diesen Eindruck nicht so recht nachvollziehen, allerhöchstens kann unsere Einleitung mißverständlich klingen, in der wir betonen, daß wir in unterschiedlicher Intensität längere Zeit Teil der Flora-Strukturen waren und z.T. sind bzw. an ihr interessiert waren und sind. Dies mag so klingen, als ob wir meinten, aufgrund unserer Erfahrung den Durchblick und die richtige Einschätzung zu haben, was jedoch keineswegs die Intention sein sollte, vielmehr wollten wir unsere Verbundenheit mit der Flora kundtun.

Ansonsten haben wir in dem Text viele Fragen aufgeworfen, einige sicher polemischer Natur, an einigen Punkten Stellung bezogen, vor allem aber eines kritisiert: daß die meisten Flora-Leute suggerieren, sie hätten eine klare, widerspruchsfreie Position in der sog. Drogenproblematik und sie hätten keine Probleme mit den negativen Begleiterscheinungen einer verfestigten Drogenszene. Uns war es wichtig aufzuzeigen, daß bei dieser Thematik Widersprüchlichkeiten und Unsicherheiten im Umgang der Linken und innerhalb der Flora existieren. Die Widersprüchlichkeiten bzw. die Widersprüche, die wir konstatieren, sind keine strukturellen Widersprüche, wie die Öffentlichkeits-AG in ihrem Text richtigerweise bemerkt, sondern bewegen sich auf der phänotypischen Ebene, auf der Ebene des praktischen alltäglichen Umgangs in und an der Flora. Deshalb ziehen wir den Begriff 'Widersprüchlichkeit' in diesem Zusammenhang vor.

Wir wollten verdeutlichen, daß es nicht ***den*** einfachen Weg, ***die*** Lösung gibt. So haben auch wir - selbstverständlich - nicht die Weisheit mit Löffeln gefressen und wissen, wie es gemacht werden soll, so daß wir den Vorwurf der Arroganz nicht nachvollziehen können.

Schwarzweißdenken

In dem Text des Flora-Nutzers wird uns implizit und explizit vorgeworfen, ein „Unsichtbarmachen" des Elends zu fordern und zu den Linksradikalen zu gehören, die ins „Vertreibungsgezeter" einstimmten und so die tatsächliche Gefahr für die Flora seien.[1] Finn schreibt zu der von uns aufgeworfenen Frage, ob man das Elend immer so nah und direkt aushalten muß: „Und genau diese Reaktion, sich das Elend möglichst weit aus dem Blickfeld zu halten, ist es, die den mehrheitsgesellschaftlich praktizierten Umgang mit dem 'Drogenproblem' ausmacht. Anstatt einen mühsamen Umgang mit den Problemen zu finden, begnügt man sich damit, sie unsichtbar zu machen, oder sie zumindest aus dem eigenen Blickfeld zu verdrängen."

In diesen Äußerungen wird ein Schwarzweißdenken deutlich, demzufolge es in bezug auf die Drogenszene um die Flora scheinbar nur zwei Positionen geben kann: Entweder man hat keine oder wenig Probleme mit ihr, findet es richtig, daß sie sich dort konzentriert oder man ist für Vertreibung und Ausgrenzung, will das Elend unsichtbar machen, kurzum: man ist im Prinzip schon Teil des gesellschaftlich hegemonialen Diskurses über Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Dieses dichotome Denken führt dazu, daß mit Positionen, die sich nicht so einfach in dieses Schema einordnen lassen, die Brüche und Widersprüchlichkeiten beinhalten oder sich zwischen den Polen dieses Denkmusters befinden, nur schwer umgegangen werden kann. Oft - und es läßt sich von diesem konkreten Beispiel durchaus auf die politische Theorie und Praxis vieler Autonomer und anderer Linksradikaler der letzten Jahre verallgemeinern - führt dies dazu, daß 'losgeschlagen' wird und die VertreterInnen der mißliebigen Position quasi als FeindInnen identifiziert werden (siehe der Text des 'Nutzers': wir seien eine Gefahr für die Flora und stimmten ins Vertreibungsgezeter ein); oder man befindet sich auf dem Weg in die Mehrheitsgesellschaft (Finn), für viele Autonome bekanntlich das Schlimmste, was passieren kann.

Konkret: Wir haben in unserem Brief die Flora aufgefordert, zu der Widersprüchlichkeit zu stehen, „auf der einen Seite gegen Vertreibung zu sein und auf der anderen Seite die Drogenszene aus dem Zentrum und was für dessen Erhalt notwendig ist (z.B. die Eingänge) zu 'vertreiben'". Das Wort 'vertreiben' haben wir dabei ganz bewußt in Anführungsstriche gesetzt, um deutlich hervorzuheben, daß ein erheblicher Unterschied zwischen zum einen der polizeistaatlichen Vertreibung der Drogenszene und zum anderen dem Beschluß der Flora steht, keinen Drogenkonsum und -deal in der Flora zu dulden sowie unserer Forderung, dies auf die Flora-Eingänge auszudehnen. Wir wollten aber mit dieser Wortwahl auf die dennoch vorhandene Widersprüchlichkeit hinweisen, denn sowohl bei der polizeilichen Vertreibung als auch bei dem Flora-Verbot wird den Junkies und Dealern zu verstehen gegeben, daß es Orte gibt, an denen ihr Handeln nicht erwünscht ist. Wir denken, daß man mit dieser Widersprüchlichkeit offensiv umgehen muß, sie benennen und begründen muß, um dann aber deutlich darauf hinzuweisen, daß man eben nicht ins „Vertreibungsgezeter" einstimmt. So ist es eben keine Vertreibung im ordnungspolitischen Sinne, die Drogenszene aufzufordern, nicht in den Flora-Eingängen zu dealen und zu drücken, genauso wie es keine Vertreibung in diesem Sinne sein muß, wenn BetreiberInnen eines Spielplatzes (z.B. Baschu) oder BewohnerInnen eines Wohnprojektes (Schanzenstr. 41a) eine verfestigte Drogenszene nicht in 'ihren' Räumen (Spielplatz bzw. Hof) dulden wollen. Wir finden es legitim, wenn beispielsweise der Baschu Schilder aufstellt mit der Bitte/Aufforderung, auf dem Spielplatz keine Drogen zu konsumieren und zu handeln, wenn gleichzeitig ein Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß dies lediglich eine notwendige, pragmatische Umgangsform ist, die grundsätzlich keine Lösung sein kann, da die Drogenszene letztlich überall unerwünscht ist.

Der Einwand im Beitrag der Flora-AktivistInnen, die Flora hätte nie behauptet, alle, die etwas gegen die Drogenszene haben, seien rassistisch, ist zutreffend. Dennoch ein paar kurze Anmerkungen: In dem Text wird so getan, als sei dies allen immer schon klar gewesen, und es wird von den SchreiberInnen - explizit für uns - das Bekenntnis runtergeleiert, daß der Zusammenhang 'Kritik an der Drogenszene - Rassismus' nicht zwangsläufig existiere. Danach wird kurz z.T. zutreffend die Bedeutung des Rassismus in der Haltung der SchanzenviertelbewohnerInnen zu den Dealern analysiert, was dann in der Feststellung mündet, daß die Ignoranz der Menschen, die sich ungehindert auf der Straße bewegen können, gegenüber den Kontrollen und Festnahmen schwarzer Jugendlicher das rassistische Deutungsmuster 'schwarze Hautfarbe - Dealer' immer wieder neu bestätige. Dies ist u.E. eine verkürzte, ungenaue Analyse, denn die Ignoranz der meisten PassantInnen ***kann*** Rassismen als Ursache haben, ***muß*** dies aber nicht immer und zwangsläufig. Es gibt noch einige weitere Ursachen und Motive, die zu einem Nichteingreifen führen können (Bequemlichkeit, generelle Ignoranz, Angst ...). Selbst wenn jemand eine Festnahme in Ordnung findet, ***muß*** dies keine



rassistischen Hintergründe haben. Letztlich suggerieren die Flora-AktivistInnen hier doch wieder, daß der wesentliche Teil der Bevölkerung rassistisch sei.
Weiter resultierte unsere Anmerkung hinsichtlich des besagten Zusammenhangs in unserem Brief aus unseren Erfahrungen von einigen autonomen/linksradikalen Treffen zu sog. Drogenproblematik, auf denen explizit von einigen die These vertreten wurde, wer Probleme mit Dealern habe, sei rassistisch. Diese analytisch katastrophale, politisch fatale Einschätzung erregte - außer bei einigen der AutorInnen diese Textes - keinen Widerspruch, auch bei den anwesenden Flora-AktivistInnen nicht, so daß der Schluß, diese Auffassung werde geteilt, nahe lag und liegt.
Nach unserem Wissen existiert bei zahlreichen Menschen in diesem Stadtteil, die nicht unbedingt in autonome Strukturen eingebunden sind, die Annahme, daß die Flora ihre Position klar habe und keine andere dulde und daß die Position der Flora sei, daß eben diejenigen, die Probleme mit der Drogenszene äußern, RassistInnen seien. Dies mag mit einem generell falschen Bild von der Flora und mit einem allzu schnellen Bezug aller autonomen Äußerungen und Aktionen auf die Flora zusammenhängen, dies mag seine Ursachen in der mangelnden Kenntnisnahme der laufenden Diskussionen haben, dies hat aber auch sicherlich etwas mit dem Politikstil der Flora, mindestens aber mit einem Kommunikationsdefizit zwischen der Flora und anderen ViertelbewohnerInnen zu tun, an dem die Flora einen gehörigen Anteil hat. Von daher wäre es für die Flora tatsächlich mal angesagt, hinsichtlich der Rassismusfrage genauer und differenzierter an die Öffentlichkeit zu treten. In Gesprächen haben wir festgestellt, daß viele Menschen eine solche Aussage - wie von den Flora-AktivistInnen in ihrem Text getroffen - tatsächlich positiv und erleichtert aufnehmen würden, da dies zum einen ein Gewinn für die Debatte über die sog. Drogenproblematik wäre und ihnen zum anderen einen positiven Bezug auf die Flora (wieder) möglich machen würde.
Nebenbei bemerkt sehen wir die genaue und offene Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Sachverhalten und Empfindungen und eine differenzierte Analyse der komplexen, ausdifferenzierten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse als ein zentrales Moment emanzipatorischer radikal linker Politik an. Diese Haltung soll nicht als ein Lippenbekenntnis gehandelt werden, das als Eintrittskarte ins Gespräch dient, wie die Flora-AktivistInnen in ihrem Text lapidar unterstellen, sondern sie sollte Grundlage linker Politik sein. Einfache Analysen und einfache Lösungen können und werden 'uns' nicht weiter bringen.
An keiner Stelle unseres Briefes haben wir geschrieben, daß wir das Elend möglichst weit aus unserem Blickfeld haben wollen, wie Finn behauptet. Vielmehr haben wir die Frage aufgeworfen, ob man sich das blanke Elend immer so dicht holen müsse. Zugegeben, diese Frage haben wir offengelassen, so daß wir an diesem Punkt mißverständlich geblieben sind. Finn und der Nutzer meinen unsere Antwort auf diese Frage zu wissen, sie interpretieren, daß eine Forderung nach der möglichst weiten Verdrängung des Elends die Antwort auf die Frage sein muß, wenn man sie überhaupt stellt.[2] Aber sind ein 'ja' oder ein 'nein' die einzig möglichen Antworten? Ist nicht auch eine Position vorstellbar, die gegen ein Unsichtbarmachen des Elends steht, die aber dennoch sagt, daß die Konfrontation mit dem Elend - auch in einem öffentlichen oder halböffentlichen Raum wie um und in der Flora - seine Grenzen haben kann und nicht immer ausgehalten werden muß?
Die Eingänge der Flora unterscheiden sich u.E. von dem öffentlichen Raum beispielsweise einer Straße insofern, als daß sie den Eingang zu einem halb-öffentlichen Raum darstellen. Sie sind nicht vergleichbar mit einem Hausflur - da hat Finn in seiner Kritik an uns recht - aber eben doch etwas anderes als ein öffentlicher Raum. Wenn sich in einem Eingang eines (halb-öffentlichen) Stadtteilzentrums regelmäßig Gruppen von Drogen-Usern versammeln, kann dies einschränkend für dieses Stadtteilzentrum wirken, da potentielle Gäste, die nicht ohne weiteres mit der Situation umgehen können und sich gar 'abschrecken' lassen, nicht in die Flora kommen. Da ein Stadtteil-, politisches oder soziales Zentrum u.E. auch die Funktion hat, offen für neue Leute und Interessierte und ein Ort der Politisierung zu sein, ist es ein reales Problem, wenn diese Funktion beeinträchtigt ist, das so benannt werden muß und nicht mit der Argumentation: 'Eingang = öffentlicher Raum = Ort, in dem Konflikte stattfinden und auch ausgehalten werden müssen' weggewischt werden kann. Es muß - begrenzt freilich - auf Ängste von Menschen eingegangen, sie müssen ernst genommen werden und dürfen nicht einfach per se als bürgerlich, spießig oder einer Gartenzwergmentalität geschuldet übergangen, angegriffen oder abgelehnt werden.[3] Einerseits ...

Ehrlichkeit und Gefühle

Andererseits - und dies haben wir auch geschrieben - ist es notwendig, daß alle ihre subjektiven Ängste an der Realität messen, und es trifft zu, daß „das subjektive Sicherheitsbedürfnis ein schlechter Ratgeber ist" (Finn). Das bedeutet für die politische

Praxis, daß ein wichtiger Bestandteil der Kampagnen beipielsweise zur Drogenpolitik ist, dem subjektiven Sicherheitsempfinden, den Ängsten etwas entgegenzusetzen und auf Realitäten und Fakten hinzuweisen, die beispielsweise besagen, daß die Kriminalitätsrate im Schanzenviertel nicht höher als in anderen Stadtteilen ist und die belegen, daß von der Personengruppe der Drogen-UserInnen keine größere Gefahr ausgeht als von anderen Personengruppen. In der Auseinandersetzung mit dem subjektiven Sicherheitsempfinden ist es ebenso wichtig, sich ganz grundsätzlich mit den ansozialisierten Ängsten und Abneigungen gegen Elend und Schmutz zu befassen, die eine psychosoziale Grundlage der Ausgrenzung von solcherart Marginalisierten und Exkludierten sind.

Aber: Diese Beschäftigung impliziert, sich mit den Gefühlen der Menschen auseinanderzusetzen, und nicht gleich aufzuheulen, wenn jemand nicht gemäß den autonomen Verhaltens- und Beurteilungsnormen reagiert, sprich: wenn er/sie Probleme mit Drogen-UserInnen oder auch -händlern hat. Diese Auseinandersetzung hat ganz eindeutig auch für uns Grenzen, in ihr darf nicht fragwürdigen Positionen zugestimmt werden, vielmehr ***muß*** diesen widersprochen werden, teilweise müssen sie auch bekämpft werden. Jedoch ist für uns Linke unabdingbar, wenn wir die Gesellschaft und somit die Menschen und die Beziehungen zwischen diesen verändern wollen, sich die Bedürfnisse, Empfindungen und Positionen der Menschen dieser Gesellschaft anzuhören, in gewisser Weise sich auf sie einzulassen und gegebenenfalls differenziert gegen sie zu argumentieren. Es ist notwendig, auch unliebsamen Positionen argumentativ zu begegnen, sich ihnen somit auszusetzen und sie auszuhalten. Die grundsätzliche Einstellung der Autonomen und anderer Linksradikaler (wir nehmen uns da jetzt nicht raus), andere, nicht genehme Positionen allzu leicht als per se feindlich einzustufen und sich weitergehend möglichst stark von 'der' Gesellschaft, von den 'Normalos/as' abzugrenzen, hat neben zahlreichen anderen Gründen zu einer politischen Selbstisolation geführt, in der ein Projekt der gesellschaftlichen Veränderung nicht mehr zu erkennen ist. Vielmehr scheint es so, daß die Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft, von politischem Reformismus zu einem zentralen Ziel verkommen ist. Das, lieber Finn, der Du „Gefühle überall" befürchtest, hat auch in hohem Maße mit Gefühlen zu tun, nämlich beispielsweise mit dem Gefühl, mit reinem Gewissen zu handeln, was einen von der Mehrheitsgesellschaft, von den anderen abhebt: Man fühlt sich gut und, wenn man ehrlich ist, auch ein wenig überlegen. Dies konstruiert über die Abgrenzung zu den 'anderen' eine eigene, (vermeintlich) starke und feste Identität, die jedoch immer dann in Gefahr ist, wenn die 'anderen', die Mehrheitsgesellschaft, die 'Schweine' nicht dem projizierten Bild entsprechen. Ohne behaupten zu wollen, daß dies die Einstellung aller Flora-AktivistInnen beschreibt, ist uns dieses Verhaltens- und Handlungsmuster auch in Diskussionen mit FloristInnen (beispielsweise auf den zahlreichen Treffen der letzten Jahre zur Situation im Schanzenviertel) begegnet.

Daraus ist für das Schanzenviertel zu schließen, daß man genau zuhören und hingucken muß, wenn Unmut über die Drogenszene artikuliert wird, daß man, auch wenn Menschen für Vertreibung plädieren, sich deren Positionen und Argumente anhören muß (wie gesagt, es gibt Grenzen), um sie dann mit guten und differenzierten Argumenten für eine andere Auffassung und Position zu gewinnen. Konkret auf die Flora bezogen folgt daraus, es zu beachten, wenn Menschen aufgrund einer konzentrierten Drogenszene das Zentrum meiden, und dies in den Überlegungen zu berücksichtigen.

Wenn wir sagen, wir fühlen uns in der Flora nicht mehr wohl, dann reden wir hauptsächlich über Gefühle und Empfindungen, die wir beim Betreten der Flora haben. Selbstverständlich legen wir in einem halböffentlichen Raum wie der Flora einen anderen Maßstab an unser Empfinden und Verhalten an als in unseren Hausfluren oder unseren Wohnungen. Dennoch sind unsere Empfindungen da und wir finden es falsch, diese nicht auch zu thematisieren. Politik sollte letztlich Objektivität und Rationalität - bei aller Problematik dieser Begriffe, die hier nicht erörtert werden kann - zur Grundlage haben, jedoch ist klar, daß sie in hohem Maße - manchmal sicherlich auch wesentlich - durch Gefühle geprägt ist. Das hat oft negative, oft positive Effekte, jedoch ist dies eine Tatsache, die nicht ausgeblendet werden darf. Die Ausblendung und Negierung von Gefühlen ist in jedem Fall falsch. Wenn AktivistInnen, NutzerInnen und BesucherInnen der Flora sich in dem Zentrum unwohl fühlen, dann muß das in der Diskussion einen Platz haben.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Teil des Textes der Öffentlichkeits-AG, in dem auf die Widersprüchlichkeiten und Probleme eingegangen wird, die im Alltag der Flora aufgrund der Konzentration der Drogenszene existieren. Wir denken, daß ein ähnlich offenes Statement auch in einem AnwohnerInnen-Flugblatt wichtig wäre, auch wenn in der Flora noch Diskussionsprozesse stattfinden und kein einheitlicher Standpunkt existiert. Was ist zu befürchten, wenn in den Debatten im Stadtteil von der Flora eine offene, auch widersprüchliche und 'halbgare' Position eingenommen wird? Von den 'Falschen' eingenommen zu werden, läßt sich durch eine gute Begründung und eine unmißverständliche politische Haltung verhindern.

Fazit

Wir finden es wichtig, daß die Flora-BetreiberInnen die Probleme, die die momentane Situation für das Zentrum mit sich bringt, offen darlegen. Dies haben wir in den letzten Flora-Veröffentlichungen vermißt (mit Ausnahme des sog. Zwergen-Faltblattes, das aber bereits im Dezember 1997 entstanden ist). Ein solch transparenterer und ehrlicherer Umgang würde zwar nicht zur Solidarisierung der Massen führen (das denken auch wir nicht, lieber Finn), jedoch würden ihn zahlreiche fortschrittliche Menschen im Stadtteil positiv aufnehmen, deren Positionen in vielen Punkten gar nicht soweit von denen der Flora entfernt sind, die jedoch mit der - zumindest in der Erscheinung - sehr strikten Flora-Politik zur Zeit ihre Probleme haben. Er würde es einigen Menschen erleichtern, sich (wieder) positiv auf die Flora zu beziehen. Und er wäre hilfreich und förderlich für die Diskussionen im Stadtteil und für die Entstehung von politischen Strukturen, die eine Veränderung der momentanen Situation bewirken können.

Momentan ist ein breites Bündnis von unterschiedlichen Kräften aus dem Stadtteil wichtig, das der polizeistaatlichen Repression etwas entgegensetzt, drogenpolitische Forderungen erhebt (z.B. nach einem zweiten Druckraum) und ein Gegengewicht gegen ausgrenzerische und rassistische Stimmungen und Positionen bildet, aber dabei nicht negiert, daß Probleme durch die Drogenszene existieren.

Die Flora sollte, sie muß ein Teil eines solchen Bündnisses sein. Wir würden uns freuen ...

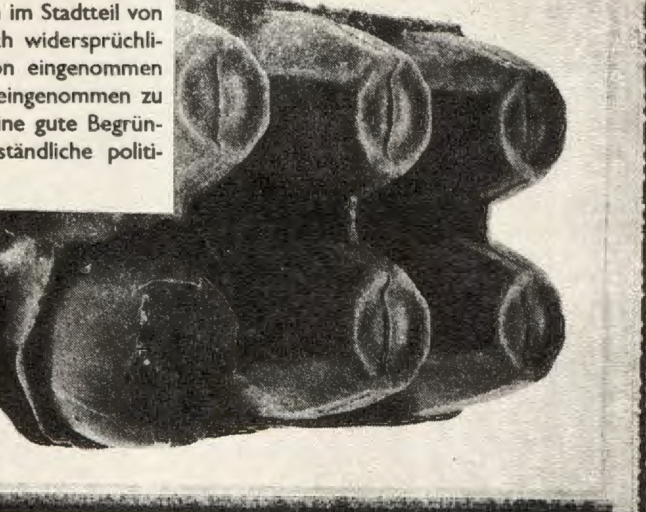
einige Flora-UserInnen

Anmerkungen

1 Lieber User der Flora, Deine Frage, ob eine Konsequenz unserer Ausführungen sei, daß vor der Flora nach Aussehen ***selektiert*** werden solle, ist eine Unverschämtheit. Wenn Du mit solchen Begriffen agieren mußt, die Assoziationen zu einer NS-Praxis hervorrufen, dann laß das Schreiben lieber! Oder wähle Deine Worte sorgfältiger!

2 Die Unterstellung Finns, wir wollten das Elend möglichst weit aus unserem Blickfeld haben, nahmen wir mit großer Verwunderung zur Kenntnis, da er unsere Position eigentlich kennt.

3 Wie auch die Flora-AktivistInnen in ihrem Text zutreffend feststellen: „ ... das heißt [...] nicht, daß alle Ängste unzulässig sind, sondern daß es darauf ankommt, wie mit diesen Ängsten umgegangen wird."



kein mensch ist illegal

Aufruf zum Sommercamp und zu den Aktionstagen vom 7.-15. August in Zittau
cross the border

Grenzen sind da, überschritten zu werden. Ihre Bedeutung tritt erst dann zutage, wenn sie verletzt werden, und gegen welche Formen von Übertretung der Staat Vorkehrungen trifft, gibt einigen Aufschluß über die Verfaßtheit der Gesellschaft. Alle wissen, daß es heutzutage für Geld, Waren und Kapital immer leichter wird, nationalstaatliche Territorien zu durchqueren, daß das Verbreitungsgebiet von Informationen nicht mehr eingegrenzt werden kann und daß soziale, politische oder ökonomische Widersprüche nicht mehr auf nationale Angelegenheiten zu reduzieren sind.

Auch Menschen lassen sich von jeher nur schwerlich daran hindern, Grenzen zu überschreiten. Die Entscheidung über den Aufenthaltsort in die eigene Hand zu nehmen, mag für die einen selbstverständlich sein, andere haben oft existentielle Gründe und fliehen vor Hunger, Ausbeutung und Krieg, sehen in ihrem Herkunftsland keine Perspektive mehr oder wollen eben gerade einige Zeit in einem anderen Land verbringen. Gleichgültig wozu und weshalb - bestimmte Grenzen zu passieren, ist für die meisten Menschen dieser Welt heute schwerer denn je. Die zusehends überflüssigen Territorialgrenzen der alten Nationalstaaten werden zur Zeit ersetzt durch neue Grenzen, die nicht nur als Demarkationslinien zwischen Wohlstand und Armut fungieren: Mobilität und Bewegungsfreiheit sind ein wenigen vorbehaltenes Privileg, das wiederum neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse stiftet.

Das Grenzregime besteht nicht mehr aus den herkömmlichen Befestigungsanlagen. Grenzen markieren vor allem Zonen, in denen neue Kontroll- und Überwachungstechnologien erprobt werden. Grenzen fallen und verschieben sich: im Landesinneren und in Drittländern, Innenstädten und überregionalen Verkehrswegen, Bahnhöfen und Behörden. Das ganze Land ist Grenzgebiet und Kontrollen überall - verdachtsunabhängig. Um die neuen Grenzen durchzusetzen, schürt die Politik ein Klima von Verunsicherung und Verrat, das Zustimmung zu den bevölkerungspolitischen Aus- und Einschlußkriterien herbeiführen soll. Grenze beinhaltet heute nicht nur Hochrüstung der paramilitärischen Patrouillen, sondern auch Denunziationsappelle, gezieltes Schüren von Ressentiments und Gehirnwäsche: So wird die einst heroische Gestalt des Fluchthelfers in der Eigenreklame der Grenzschützer komplett umgedeutet und als »Schlepper« oder »Schleuser« zum Staatsfeind aufgebaut. Das Camp99 ist der nächste Versuch, dieser Verdummungs- und Verschleierungskampagne zu widersprechen und gleichzeitig alle Menschen zu unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente, hinterhältiges Amusement und gezielte Irritationen.

Unsere Absicht ist es, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern wo immer möglich auch unterminieren. Der Kampf gegen Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

Hacking the borderline: Symbolische Politik bei guter Wetterlage

Unter dem Motto »kein mensch ist illegal« belagerten einige hundert AktivistInnen bereits Ende Juli vergangenen Jahres zehn Tage lang die deutsch-poinische Grenze bei Görlitz. Ein 48-stündiger Rave, die spektakuläre Eröffnung dreier neuer Grenzübergänge, ein Taxi-Konvoi, zahlreiche spontane Demonstrationen, ein Knastbeben am örtlichen Gefängnis, die vorübergehende Besetzung eines Hauses, das zum Abschiebeknast umgebaut werden soll, und schließlich die komplette Besetzung des Grenzflusses Neisse mit Booten, Schwimmerinnen und Schaulustigen waren die Höhepunkte der Aktionswoche. Daneben gab es Konzerte und Umzüge mit Soundsystems, Streetball und Nachtspaziergänge, Diskussionsveranstaltungen und Spaßguerilla-Aktionen wie der triumphale Zieleinlauf des »kein mensch ist illegal«-Teams bei der zweiten Etappe der Sachsenrundfahrt für Radamateure. Das Camp98 war aber nur der Auftakt oder besser: die Beta-Version. Vom 7. bis zum 15. August 1999 werden die Zelte diesmal bei Zittau im poinisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck aufgeschlagen. Geplant ist ein Camp, das vor allem wesentlich vielfältiger werden soll: Polit- und MedienaktivistInnen, Radio- und Video-Piraten, MusikerInnen, DJ's, KünstlerInnen, antirassistische und antifaschistische Gruppen beteiligen sich bereits seit Anfang des Jahres an der Vorbereitung und Durchführung des Grenz-Camps. Gleichzeitig werden voraussichtlich Camps in anderen europäischen Ländern und an der US-mexikanischen Grenze stattfinden und sich untereinander vernetzen.

Grenzen sind symbolisch überkodierte Orte, und so haben auch praktische Interventionen im Grenzgebiet notwendigerweise einen stark symbolischen Charakter. Die Erfahrungen aus dem Camp98 haben gezeigt, daß die in großstädtischen Milieus





reichlich abgenutzt anmutende Klaviatur symbolischer Politik im Grenzland und bei guter Wetterlage ungeahnt erfrischende Wirkung entfalten kann: Ausgestattet mit einem gewissen Maß an Geschmackssicherheit und klarer Haltung, was die Abscheu vor der Barbarei des herrschenden Grenzregimes anlangt, eröffnet sich ein weites Feld an Interventionsmöglichkeiten von mehr oder weniger spaßigen Aktionen der Kommunikationsguerilla über klassische Aufklärung oder Tactical Education bis hin zur Sabotage: Wenn die Grenzsicherung der Behördenpropaganda zufolge vor allem in der gezielt geschürten Denunziationsbereitschaft breiter Teile der Bevölkerung besteht, heißt Sabotage, eben diese Denunziationsbereitschaft zu verstören. Entscheidendes Arbeits- und Funktionsprinzip des Camps wird gegenseitiger Respekt und das nicht-hierarchische Ineinandergreifen verschiedener Aktionsformen und Zugangsmöglichkeiten sein. Uneinigkeiten, zum Beispiel über das Nebeneinander von romantischer und neuer Medienarbeit, politische Perspektiven oder analytische Kategorien, sollen in Diskussionsrunden innerhalb des Camps oder bereits im Vorfeld produktiv gemacht und nicht programmatisch aufgelöst oder ausgeschlossen werden. So sind eine Reihe von Workshops und Veranstaltungen geplant, die den unbestrittenen Erholungswert und Abenteuerreiz des Sommercamps durchaus auch um bildungsurlauberische Aspekte bereichern dürften.

»Deep Europe« ist der Titel einer eigenständigen Veranstaltungs- und Aktionsreihe vor allem osteuropäischer Künstlerinnen und Künstler beim diesjährigen Grenzcamp. Mit dem Krieg in Jugoslawien finden die Vorbereitungen zu diesem Treffen unter dramatisch zugespitzten Bedingungen statt. Deutlicher denn je ist, daß die heutzutage offensive Thematisierung der Grenzregimes von entscheidender Bedeutung für politische, aber auch ästhetische Debatten ist. Ort, Zeit und Raum des Camps werden genommen, um die Verkartungen der europäischen Machtverhältnisse zumindest für ein paar Tage im August zu entwerten. Gleichzeitig planen einige der interessantesten Popmusikerinnen aus der Bundesrepublik Deutschland sowie Polen Paraden und Aufzüge entlang der Grenzlinien, aber auch Auseinandersetzungen um die Wechselverhältnisse von Kunst, Pop und Politik.

Vor allem von antifaschistischen Gruppen vor Ort, die schon beim Camp98 einen großen Teil der Vorbereitungen übernommen hatten, wurde immer wieder eine möglichst sorgfältige Vermittlung der Aktionen eingeklagt. Unter dem Arbeitstitel »Tactical Education« soll diesem Anspruch Rechnung getragen werden: Wiederum sind eine Campzeitung in hoher Auflage sowie ein Campradio und Videokundgebungen geplant, die den Hintergrund der Aktionen und den Sinn des Camps der Öffentlichkeit vermitteln sollen, um nicht völlig auf die Einsichtsfähigkeit oder das schwankende Wohlwollen der Lokalpresse angewiesen zu sein. Gleichzeitig wird der internationale Charakter aber auch einiges an überregionaler Aufmerksamkeit auf sich ziehen, und diese wiederum eigene, souveräne Vermittlungsstrategien im Internet schon aus rein pragmatischen Gesichtspunkten heraus naheliegend erscheinen lassen.

So, stay tuned!





http://www.contrast.org/borders/camp
e-mail: grenze@ibu.de
Handtelefon: 0172/8910825
Telefax: 06181/184892
Post: 99Camps c/o Forschungsstelle Flucht und Migration Gneisenaustraße 2a 10961 Berlin



Kunzelmann lügt

Eine notwendige Rezension

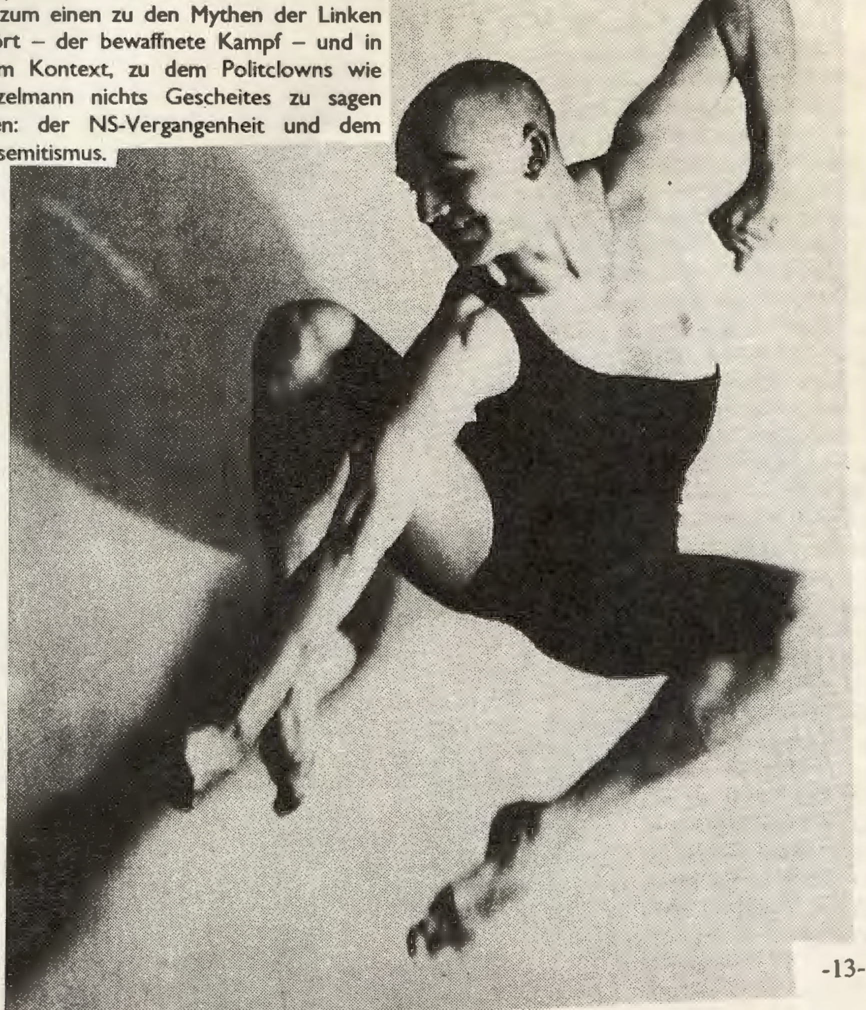
In der letzten Zeit läßt sich eine biographische Tendenz der verkürzt als „68er" apostrophierten Generation ausmachen. Dazu gehört auch die von Dieter Kunzelmann verfaßte Schrift „Leisten Sie keine Widerstand. Bilder meines Lebens"[1], in der der Ex-Kommunarde und Politaktionist Kunzelmann den Versuch einer beschönigten Rückschau seines Lebens vorlegt. Die biographische Tendenz läßt sich aus unterschiedlichen Perspektiven interpretieren. Sicher hat es immer etwas von dem Versuch, gegen den Zeitgeist anzuschreiben, die Linke nicht als Verlierer – oder zeitgemäßer: als Verantwortliche, Schuldige - darzustellen, sondern Entwicklungen und Entscheidungen als gerechtfertigt und aus dem zeitlichen Kontext heraus zu erklären. Hier besteht eine unbestreitbare Notwendigkeit, dies auch über Lebenserzählungen zu versuchen. Aber neben dem Ansatz, sich politisch erklären zu wollen, spielt wohl auch die biographische Notwendigkeit sich selbst zu inszenieren eine Rolle. Die VerfasserInnen sind fast immer bemüht, ihre linke oder revolutionäre Identität als geraden Weg zu zeichnen. Gerade nicht im organisatorischen Sinne – dies bleibt den DKPlern vorbehalten – aber im individuellen: schon immer Rebell, aufrechter, empfindsamer Mensch gewesen zu sein.

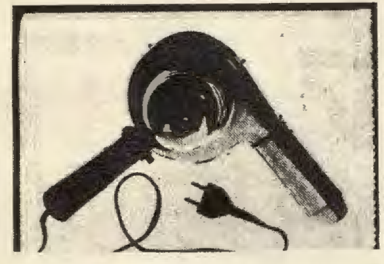
Aber die Frage bleibt, welche politische Bedeutung haben Autobiographien für eine Linke heute. Politisches Ziel müßte es doch sein, daß Entscheidungen und Wege kritisch reflektiert werden, die eigene Person eingebunden wird in Niederlagen und Erfolge. Ein Satz wie „ich laß mir meine Geschichte nicht nehmen" ist ein Eingeständnis nicht nur der politischen, sondern auch einer intellektuellen Niederlage. Es ist der Abschied von Vermittlung und Auseinandersetzung. Die Taten werden berichtet, der (politischen) Nachwelt überliefert wie eine Verkündung. Dies ist kein politisches Denken, sondern Ausdruck eines hermetischen Bewußtseins, das sich vor allem selbst gefällt. Kunzelmanns Bilder – dieser etwas altbackene Titel läßt bereits wenig Gutes erwarten – paßt in diese Kategorie völlig rein.

Man kann Kunzelmann sicher dafür goutieren, daß er kein Karrierist war und sich niemals einer der Modetrends der Anpassung anschloß oder – wie Horst Mahler und Bernd Rabehl – nun bei den Rechten landete. So verfahren die AutorInnen, die den Aufzeichnungen Erlebnisse mit Kunzelmann – im Buch verstreut - beigesteuert haben: Er war Politaktionist, unbequem, eigentlich ein großes Kind. Als Ergänzung zu Kunzelmanns teilweise unerträglich egozentrischen Darstellungen bilden sie eine notwendige Korrektur. Das Buch hat gefällige, manchmal auch spektische Aufnahme im Feuilleton gefunden[2] Der Wert des Buches liegt aber höchstens in atmosphärischen Schilderungen oder amüsanten Nebensächlichkeiten (zum Beispiel, daß Rudi Dutschke bei der WM 1966 für Nordkorea klatschte). Kritische Reflexion mit dem Ziel der Vermittlung ist dies aber noch lange nicht. Kunzelmann orientiert sich in seinen Politikformen an der ihn prägenden Zeit, den „goldenen sechziger", in denen er die Medien dominierte und mit kleinen Albernheiten für Schlagzeilen sorgte. Dies hat er schlichtweg verlängert und entwirft sich („Aktionspolitologe" nennt er sich) dementsprechend als ewiger Unruhegeist, der einer angeblich neurotisch besetzten Verfolgung durch die Berliner Justiz ausgesetzt gewesen sei. Da ist sicher etwas dran, und die Inszenierung seines Verschwindens 1998 – offenbar doch kein Selbstmord – hat möglicherweise den einen oder anderen Justizangestellten geärgert. Oder erleichtert, weiß man nicht. Gewiß aber hat Kunzelmann die Justiz mehr gebraucht als sie ihn: Schließlich war sie es, die ihm in den letzten Jahren überhaupt noch eine Plattform für Aktionen bot.

Aber die Überschrift dieses Textes verspricht eine Lüge von Kunzelmann. Leider habe ich ihn nicht gekannt, um nun eine von diesen kleinen Fiesheiten auszukramen, mit denen Wahrhaftigkeit von Erzählungen erschüttert werden soll. Nein, Kunzelmann lügt politisch. Und zwar an einem Punkt, der zum einen zu den Mythen der Linken gehört – der bewaffnete Kampf – und in einem Kontext, zu dem Politclowns wie Kunzelmann nichts Gescheites zu sagen haben: der NS-Vergangenheit und dem Antisemitismus.

Es gehört im historischen Bewußtsein der meisten radikalen Linken auch heutzutage gerade noch zu einer Marginalie, daß die Geschichte des militanten Kampfes mit einem Anschlag auf die jüdische Gemeinde in Berlin am 9.November 1969 begann. (Nun komme mir niemand mit dem Kaufhausbrand aus Frankfurt vom April 1968: diese Aktion war als symbolischer Akt gedacht, dilettantisch durchgeführt und nicht als Gründungsmoment einer militanten Bewegung konzipiert. Die RAF als strategische Perspektive entstand erst mit der Befreiungsaktion Baaders 1970) Bei dem Anschlag handelte es sich um eine von den „Tupamaros Westberlin" durchgeführte Aktion, die so ein Fanal gegen den Krieg in Palästina setzen wollten. Die Bombe in der jüdischen Gemeinde explodierte nicht, erfolgreich war aber die Bemalung mehrerer Gedenksteine in Berlin mit der Parole „Shalom und Napalm". Am 13.11.1969 erklärten die „Schwarzen Ratten - Tupamaros Westberlin" ihre Aktion in der damaligen Zeitung der Scene AGIT 883. Das Datum war bewußt gewählt worden: „Jede Feierstunde in Westberlin und der BRD





unterschlägt, daß die Kristallnacht von 1938 heute tagtäglich von den Zionisten [...] wiederholt wird." Diese Verbindung zwischen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik und der israelischen Besatzungspolitik gehörte für einen Teil der radikalen Linken zum guten Ton in jenen Tagen. Auch Kunzelmann bewertete damals die Aktion als „Bombenchance", die Politik Israels anzugreifen.

Kunzelmann war einige Zeit vor dem Anschlag aus Jordanien wiedergekommen. Bei der Rückfahrt sei ihnen die Idee gekommen, in der Bundesrepublik eine Stadtguerilla aufzubauen, die „Tupamaros West-Berlin".[3] Da er mit Haftbefehl gesucht wurde, versteckte er sich in Berlin. In der AGIT 883 erschienen Briefe von ihm, die suggerieren sollten, er sei in Jordanien. Aus der jordanischen Perspektive sei alles sehr einfach, der Feind sei klar, schrieb Kunzelmann im November 1969. Die Linke würde dies aber noch nicht erkennen und hätte daher den Anschlag auf die jüdische Gemeinde nicht politisch umgesetzt, sondern sich nur distanziert. Kunzelmanns Deutung der Distanzierungen, die teilweise auch in der AGIT 883 erfolgten, liest sich ungeheuer durchdacht: „Aber eines steht fest: Palästina ist für die BRD und Europa das, was für die Amis Vietnam ist. Die Linken haben das noch nicht begriffen. Warum? Der Judenknax. ‚Wir haben 6 Millionen Juden vergast. Die Juden heißen heute Israelis. Wer den Faschismus bekämpft ist für Israel.' So einfach ist das, und doch stimmt es hinten und vorne nicht. Wenn wir endlich gelernt haben, die faschistische Ideologie ‚Zionismus' zu begreifen, werden wir nicht mehr zögern, unseren simplen Philosemitismus zu ersetzen durch eindeutige Solidarität mit AL FATAH, die im Nahen Osten den Kampf gegen das Dritte Reich von Gestern und Heute und seine Folgen aufgenommen hat."[4]

Aus diesen Zeilen spricht der Wunsch, die NS-Vergangenheit ungeschehen zu machen, die Opfer der Verfolgung als TäterInnen abqualifizieren zu können. Die „Palästinafront", eine weitere Gruppe aus dem Umfeld der Haschrebellen, wies in einer weiteren Stellungnahme die Kritik am Bombenanschlag folgerichtig mit der Nicht-Zugehörigkeit zur Tätergeneration zurück: „Springer, Senat und die Galinskis wollen uns ihren Judenknax verkaufen. [...] Alle haben damals mitgemischt. [....] Wir wissen schon selbst, wo wir unsere Bomben hinlegen." Klar, auch Galinski gehörte als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu den TäterInnen, und die Gnade der späten Geburt erlaubte offenbar ein ungehemmtes Agieren. Linksradikale Simplifizierungen in Höchstform, verbunden mit der Ausblendung des Antisemitismus als spezifische Denkform der Ausgrenzung.

Es gab, wie bereits erwähnt, Distanzierungen zum Anschlag, vor allem aber an der Form. Die Verursacher wurden nie gefunden. Nun geht es ja nicht darum, festzustellen, wer damals die Bombe gelegt hat. Daß Sprache und Ausführung auf eine Aktion aus dem Umfeld der Haschrebellen, aus denen später die Bewegung 2. Juni hervorging, verweisen, liegt auf der Hand. Für eine Täterschaft oder zumindest Mitwisserschaft von Kunzelmann gibt es noch einige Hinweise.[5] Zumindest liegt es auf der Hand, daß Kunzelmann den Anschlag begrüßte. Von daher hätte eine kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Positionen erwartet werden können.

Wie lesen sich nun die ganzen Vorgänge in den liebevollen „Bildern" des Herrn K.? Reduziert auf zwei Absätze, erwähnt Kunzelmann zwar „heftige öffentliche Reaktionen und Kritik innerhalb unseres politischen Spektrums", aber auch, daß die polizeilichen Untersuchungen ergeben hätten, daß die Bombe nicht funktionsfähig gewesen sei. Er selber macht durchgeknallte Sympathisanten der Tupamaros Westberlin oder – wenn es unangenehm wird, immer die beste Verdrängung – „Geheimdienste" für die Aktion verantwortlich. Die Verdrängung seiner eigenen Positionen zu der Zeit manifestiert sich im Satz:

„Jedem Linken hätte eigentlich klar sein müssen, daß eine derartige Aktion keinerlei Sympathien für die legitimen Anliegen der Palästinenser zu wecken vermochte; ganz zu schweigen davon, daß sie sich angesichts der deutschen Vergangenheit von selbst verbietet."

So wird aus einer verklärten Rückschau die politische Lüge. Die eigenen Fehler werden nicht analysiert und aufgearbeitet, sondern einfach geleugnet, die Begeisterung für den Anschlag ins Vergessen gedrückt und durch eine vermutlich vor allem opportunistisch angeeignete Floskel ersetzt, die heute auf gefällige Zustimmung stößt. Diese Lüge von Kunzelmann macht sein Buch politisch uninteressant und überläßt es HistorikerInnen zur gepflegten Auslegung.

Fiedler

Anmerkungen

1. Erschienen Berlin 1998.
2. So in der taz vom 22.10.98, Frankfurter Rundschau vom 30.11.1998 oder dem Hamburger Stadtmagazin HH 19 vom März 1999.
3. So schreibt er zumindest in dem Buch.
4. AGIT 883, Nr. 42, 27.11.1969. Die Apologeten Kunzelmanns haben diesen Brief auch dem Buch beigefügt, hoffentlich aus dem Gefühl, das es ansonsten etwas sehr peinlich ist, wie Kunzelmann heute schreibt.....
5. Bommi Baumann: Wie alles anfing, Frankfurt 1976, S. 65-69; Ralf Reinders/ Roland Fritzsch: Die Bewegung 2. Juni, Berlin 1995, S. 29.



Rote Flora im Juni

Dienstag 01.06.; 18:00	**Dubcafé** mit Roots Commandment + friends
Freitag 04.06.; 23:00	**epicenta 003** - Schlump Vibration meets Ire-Hifi first time in session/heavy dubbing 1.UG
Samstag 05.06.; 10:00	**Antifa-Demo**: den Naziaufmarsch zum Fiasko machen; Kriegsklotz, Dammtor
Sonntag 06.06.; 21:00	**Schulterclub 71**
Dienstag 08.06.; 18:00 - 22:00	**Dubcafé** mit Weed Acoustix
Dienstag 08.06.; 21:00	one man concert: **Atom and his Package** 80er Synti-Pop mit HC-Background
Freitag 11.06.; 23:00	**Hammerheart Soundsystem & Loony Tunes** (Münster)
Samstag 12.06.; 22:00	**nadir Soliparty** - 3 Ebenen Konzept-Veranstaltung 1.floor: Info/Ästhetik 2.&3.floor: Dj's Steve Bug, Vincenzo n.n. **www.nadir.org**
Sonntag 13.06.; 20:00	**Tangon Taikaa** - finnischer Tango
Dienstag 15.06.; 18:00 - 22:00	**Dubcafé** mit dem A-Team oder I-Livity Sound
Dienstag 15.06.; 21:00	**Asshole Parade** und **End of the Century Party** (HC-USA)
Freitag 18.06.; 23:00	**Bassplace** Roots and Dub
Samstag 19.06.; 21:00	**HC-Solikonzert** für's Libertäre Zentrum
Sonntag 20.06.; 13:00 - 23:00	**Shoah**, Dokumentarfilm F 1974-85 Claude Lanzmann verzichtet in seinem Film völlig auf dokumentarisches Material: Er hat vielmehr Opfer, Täter und Zuschauer der Massenvernichtung aufgesucht und in langen Gesprächen zu Erinnerungsarbeit veranlaßt. Dabei will er nicht nach dem „Warum" des Geschehens fragen, sondern das „Wie" rekonstruieren.
Dienstag 22.06.; 18:00 - 22:00	**Dubcafé** mit Lennard und Gästen
Samstag 26.06.; 20:00	**„Maria"** (s.u.)
Sonntag 27.06.; 20:00	**„Maria"** - ein-Mann-Stück von Fernando Samper Das Stück handelt von drei lateinamerikanischen Frauen in Hamburg: Maria 1, Witwe eines Konsuls, steht vor dessen Sarg und hält zunächst Lobreden auf ihn. Während der Ansprache besinnt sie sich eines besseren und beschließt die Wahrheit über den vermeintlichen Musterkonsul zu sagen... Maria 2 ist eine Straßenhure, die unter der norddeutschen Kälte leidet, um ihren mühsam erarbeiteten Lohn an ihre Mutter und ihren behinderten Sohn zu schicken... Maria 3 schließlich ist eine Hausfrau, die mit einem Deutschen verheiratet ist, der soviel arbeitet, daß er sich abends nur noch erschöpft vor den Fernseher setzt und keine Lust hat, sich um sie zu kümmern. Sie ist eine in ihrer Monotonie eingeschlossene Frau, deren größte Freude ihr Putzfimmel ist... Aufgrund eines kürzlich eingetroffenen Briefes muß sie entscheiden, ob sie dieses Leben fortführen will, oder eine Wende herbeiführen soll. Die dargestellten Frauen sollen einen Einblick gewähren in das Leben derjenigen, die keine Möglichkeit haben, darüber zu sprechen.

regelmäßige termine:

Montag	ca. 18:00 - 22:00	Vegetarisches Essen
Dienstag	ca. 18:00 - 22:00	Dubcafé mit verschiedenen Sounds
Mittwoch	ca. 16:30 - 19:00	Café und Kuchen
Donnerstag	ca. 18:00 - 22:00	Kochkollektiv
1. Freitag	23:00	Epicenta ReggaeClub
1. Samstag	ab 12:00	Frühstück